



Bankrotterklärung der Länder beim Arbeitsschutz: Ein Beamter für 25 000 Beschäftigte zuständig



Lücken beim staatlichen Arbeitsschutz in Deutschland kritisiert: Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert von den Bundesländern deutlich mehr Personal für die Kontrolle der Arbeitsschutzvorschriften in Betrieben.

"Die Arbeitsschutzbehörden in den Ländern haben nicht die nötigen Kapazitäten, um die Sicherheit und den Gesundheitsschutz für die Beschäftigten wirksam zu kontrollieren", kritisiert Robert Feiger. Der IG BAU-Bundesvorsitzende spricht von einem "eklatanten Überwachungsdefizit" in den zuständigen Landesbehörden. Durch die Corona-Pandemie habe sich die Situation weiter verschärft – weil die ohnehin unterbesetzten Ämter zusätzliche Aufgaben wie die Kontrolle der Homeoffice-Verordnung und der 3G-Vorschriften am Arbeitsplatz bekommen hätten.

Feiger beruft sich auf den aktuellen Bericht "Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit" des Bundesarbeitsministeriums, der ein erhebliches Personaldefizit aufzeige. Danach kümmern sich, so der Gewerkschaftschef unter Berufung auf die Zahlen, insgesamt nur 1490 Aufsichtsbeamte in den Bundesländern um die Einhaltung der betrieblichen Arbeitsschutzvorschriften. Damit sei rein rechnerisch ein Kontrolleur für rund 25 400 Beschäftigte in Deutschland zuständig.

"Die Zahlen sind alarmierend. Mit einer solchen Quote ist ein effektiver staatlicher Arbeitsschutz nicht möglich. Um den Arbeitsschutz ist es in den Bundesländern alles andere als gut bestellt", so Robert Feiger. Mit Blick auf Kontrolltätigkeit der vergangenen Jahre spreche der Bericht selbst von einem "keinesfalls zufriedenstellenden Arbeitsschutzniveau". Aufsichtsdienste müssten "gestärkt" und mehr "aktive Betriebsbesichtigungen" angestrebt werden, heißt es darin. "Deutlicher und eindringlicher kann man die Bundesländer eigentlich nicht ermahnen", betont Feiger.

Die IG BAU verweist auf die Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Europäischen Union. Danach soll ein Kontrolleur maximal 10 000 Beschäftigte beaufsichtigen. "Die Bundesländer verfehlen dieses Ziel eindeutig. Das zeigt, wo wir stehen. Das ist schon fast eine Bankrotterklärung in Sachen Gesundheits- und Arbeitsschutz des Staates. Hier sind die Landesregierungen gefordert", ergänzt Carsten Burckhardt, Mitglied im IG BAU-Bundesvorstand und dort zuständig für die Bauwirtschaft und den Arbeitsschutz.

Einen erheblichen Kontrollbedarf sieht die Gewerkschaft insbesondere in der Baubranche. „Nach wie vor sind Baustellen ein Sorgenkind in Sachen Sicherheit. Hier wird von den Landesbehörden seit Jahren zu wenig kontrolliert. Notwendig ist ein höherer Kontrolldruck für die Betriebe, die es mit der Arbeitssicherheit nicht wirklich ernst nehmen“, so Burckhardt.



Der Gewerkschafter warnt davor, den Arbeitsschutz jetzt stärker auf die Berufsgenossenschaften abzuwälzen: "Die Kontrolle der Vorschriften ist ausdrücklich gemeinsame Sache der Länder und der Berufsgenossenschaften. Aus gutem Grund gibt es hier ein duales System." So prüfe die Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft (BG BAU) auch in der Pandemie intensiv, ob Schutzvorschriften eingehalten würden. Doch die bundesweit 373 Aufsichtsbeamten bei der Berufsgenossenschaft stießen an ihre Grenzen und könnten das staatliche Kontrolldefizit nicht wettmachen. Burckhardt: "Es geht um die Gesundheit der Beschäftigten. Hier müssen die Landesbehörden ihre Hausaufgaben machen – und lieber einmal mehr hinschauen als einmal zu wenig."

Laut Regierungsbericht ging die Zahl der staatlichen Arbeitsschutzkontrollen zuletzt deutlich zurück – auf bundesweit nur noch 128 000 Prüfungen im Jahr 2020. Zwei Jahre zuvor hatte es noch 167 000 Kontrollen gegeben. Burckhardt: "In der Corona-Pandemie ist auch für viele Arbeitsschutzkontrolleure die eigene Arbeit aufs Homeoffice umgestellt worden. Das bringt natürlich wenig: Kontrollen vom Schreibtisch aus sind Papierkontrollen – und damit eine Farce. Dabei ist gerade in der Pandemie eine effektive Arbeits- und Gesundheitsschutzkontrolle notwendig – ob auf der Baustelle, in der Gebäudereinigung oder in der Fleischfabrik."

Lokalkompass.de

Förderungs-Aus für Klima-Häuser schockt NRW

Bündnis befürchtet das Scheitern vieler wichtiger Bauprojekte an Rhein und Ruhr

Von Matthias Korfmann

Düsseldorf. In NRW wächst die Empörung über die Entscheidung des Bundes, ein Förderprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für energieeffiziente Gebäude zu stoppen, weil zu viele Anträge eingegangen seien. Landesregierung, Wohnungsunternehmen, Architekten, private Bauherren und Gewerkschafter rechnen mit katastrophalen Auswirkungen auf Bauvorhaben auch an Rhein und Ruhr. „Diese Entscheidung der Bundesregierung torpediert die Bezahlbarkeit des Wohnens, die Maßnahmen beim öffentlichen Wohnungsraum und den frei finanzierten Wohnungsraum in der gesamten Bun-

desrepublik inklusive NRW“, kritisierte NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) in der gemeinsamen Mitteilung einer „Allianz für mehr Wohnungsbau“, der die NRW-Regierung und Verbände der Wohnungswirtschaft angehören.

Auch der Chef der Industriewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie, Michael Vassiliadis, sprach von einem „Fehler“ der Bundesregierung. „Es ist ein Signal, das in die falsche Richtung geht“, sagte Vassiliadis, der am Dienstag Gast der SPD-Landtagsfraktion war. Fraktionschef Thomas Kutschaty warb um Verständnis für das Einstellen



Ina Scharrenbach F.FFS

des aus seiner Sicht erfolgreichen Programms: „Die Mittel dafür sind abgerufen worden in einer Größenordnung, die nicht zu erwarten war.“

Gleichwohl überwiegt in NRW der Frust über das Aus der beliebten Förderung für das „Effizienzhaus 55“. Allein in Oberhausen sollen dadurch nach Angaben von Kommunalpolitikern Dutzende geplante Bauprojekte in Gefahr geraten.

Alexander Rychter, Chef des Verbandes der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen, sagte, der Stopp des Programms verhindere bezahlbaren und zukunftsfähigen Wohnungsbau zu be-

zahlbaren Mieten. Mit einem Federstrich werde dem kompletten Wohnungsbau die Rechts- und Finanzierungsgrundlage entzogen, witterte Elisabeth Gendziorra, Geschäftsführerin des mittelständischen Verbandes der Immobilienwirtschaft BFW NRW. „Damit darf die Bundesregierung bereits jetzt ihr Ziel, 400.000 neue Wohnungen pro Jahr zu schaffen, als völlig unrealistisch ad acta legen“, sagte sie.

Auch die Architektenkammer NRW protestiert scharf: „Für viele unserer Mitglieder hat das unerwartete Förder-Aus verheerende Auswirkungen“. Projekte würden gestoppt, bereits realisierte Planungsleistungen bleiben ungenutzt und vielfach auch unbezahlt.

WAZ/NRW Mantel